

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 29.01.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Vorstellung und Beratung der Konzeption zur Neugestaltung des Bahnübergangs Lindern
Vorlage: 744/2012
2. Vorstellung und Beratung der Straßenplanung zum Ausbau eines Teilstückes des Niederheider Weges einschließlich Kanalsanierung
Vorlage: 769/2012
3. Erneute Beratung über die Neugestaltung der Fläche vor dem Gymnasium St. Ursula (Teilfläche III. Bauabschnitt - Integriertes Handlungskonzept)
Vorlage: 773/2013
4. Vorstellung und Beratung über die Neugestaltung der Verkehrsfläche der Konrad-Adenauer-Straße vor der neuen Stadtpassage
Vorlage: 776/2013
5. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Karl-Peter Conrads

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Leonhard Kuhn

Mitglieder

3. Cornelia Banzet in Vertretung für Herrn Hoffmann
4. Marko Banzet
5. Franz Beemelmans in Vertretung für Herrn Latour
6. Klaus Dohlen
7. Uwe Eggert
8. Dr. Stefan Evertz
9. Johann Graf
10. Wilfried Kleinen bis einschließlich TOP 3 (19:25 Uhr)
11. Heinz Kohnen in Vertretung für Herrn Schumacher
12. Markus Melchers

13. Barbara Slupik
14. Kurt Sybertz
15. Raimund Tartler
16. Marlis Tings in Vertretung für Frau Hensen

Sachkundige/r Bürger/in

17. Holger Koch
18. Heiner Molz in Vertretung für Herrn Rummler
19. Friedhelm Rose

von der Verwaltung

20. I. Beigeordneter Hans Hausmann
21. Hans-Josef Bröhl
22. Alexander Jansen
23. Manfred Savoir

Protokollführer

24. Nathalie Kwade

Es fehlten:

25. Theresia Hensen
26. Horst-Eberhard Hoffmann
27. Gerd Latour
28. Moritz Rummler
29. Manfred Schumacher

Ausschussvorsitzender Conrads begrüßte die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Er begrüßte außerdem die Herren Tilman Preisler von der DB ProjektBau GmbH und Andreas Vollmer vom Ingenieurbüro Bung, die die Planungen zum Bahnübergang Lindern vorstellen würden, sowie Herrn Brendt vom gleichnamigen Ingenieurbüro.

Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden, so dass er die 18. Sitzung eröffnen könne.

**TOP 1 Vorstellung und Beratung der Konzeption zur Neugestaltung des
Bahnübergangs Lindern
Vorlage: 744/2012**

Ausschussvorsitzender Conrads erteilte Herrn Preisler von der DB ProjektBau GmbH das Wort.

Herr Preisler stellte die Planung zur Neugestaltung des Bahnübergangs in Lindern vor. Er betonte, dass für die Realisierung der Bahnstrecke Lindern-Heinsberg umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich seien. Die bisherige Halbschrankenanlage werde durch eine Vollschrankenanlage mit Gitterbehang ersetzt.

Er erklärte, dass die Stadt Geilenkirchen im Vorfeld in gemeinsamen Gesprächen Anregungen zu dieser Maßnahme vorgetragen habe. Diese Anregungen seien ausgewertet und verschiedene Umsetzungsvarianten vor diesem Hintergrund erstellt worden. Er bat Herrn Vollmer vom Ingenieurbüro Bung, das in diesem Projekt mit der DB Projektbau GmbH zusammen arbeitet, diese Varianten vorzustellen. Die Pläne sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Vollmer führte aus, dass bei Variante A eine Aufweitung der Thomashofstraße im nördlichen Bereich vorgesehen sei. Durch eine zusätzliche Abbiegerspur solle freies Rechtsabbiegen in Richtung Geilenkirchen ermöglicht werden, um Rückstau zu vermeiden. Außerdem werde eine Gefahrenraumfreimeldeanlage installiert. Solange sich noch Personen im Bereich des Bahnüberganges befinden, könne dieser Bereich nicht geschlossen werden.

Die Anregung der Stadt, die Leiffarther Straße ebenfalls mit freiem Abfluss nach Norden auszustatten, wurde in Variante B aufgenommen. Der hierfür erforderliche Grunderwerb sei jedoch aktuell nicht möglich, so dass diese Variante zur Zeit nicht umsetzbar sei.

Bei Variante C würde der gesamte Bahnübergang in Richtung des Stellwerkgebäudes verschoben, um unter anderem auch auf der Leiffarther Straße eine Rechtsabbiegerspur einrichten zu können. Aus bahnbetrieblichen sowie aus Kostengründen sei die Variante C ebenfalls nicht umsetzbar.

Herr Vollmer erklärte, dass man daher die Variante A weiter verfolgt habe. Die vorhandene Situation an der Leiffarther Straße werde beibehalten. Um Rückstau dennoch zu vermeiden, soll eine Beschilderungsvariante umgesetzt werden, durch die bei geschlossener Schranke die zwingende Fahrtrichtung „links“ vorgegeben werde.

Auf entsprechende Frage der Stadtverordneten Slupik antwortete Herr Preisler, dass sich die Schließzeiten verlängern würden. Im Allgemeinen werde mit Schließzeiten von jeweils ca. 70 Sekunden gerechnet. Dies variere allerdings je nach Zugart.

Ausschussvorsitzender Conrads erkundigte sich, wie sich dies auf die Schließzeiten an einem ganzen Tag auswirken würde. Herr Preisler erklärte, dass er diese Frage so nicht beantworten könne. Aktuell betrügen die Schließzeiten zwischen 7 und 8 Uhr ungefähr 18 – 20 Minuten. Zukünftig gehe man von ca. 24 Minuten in diesem Zeitraum aus.

I. Beigeordneter Hausmann betonte, dass die Verwaltung diese Frage in den Vorgesprächen gestellt habe. Die Schließzeiten in Lindern seien identisch mit denen in Geilenkirchen. Im Zeitraum von 7 Uhr bis 18:30 Uhr seien die Schranken für fünf Stunden und zehn Minuten geschlossen. Diese Zeit werde sich nun um ungefähr eine weitere Stunde erhöhen.

Auf entsprechende Frage des Stadtverordneten Graf antwortete I. Beigeordneter Hausmann, dass die entstehenden Kosten von der Bahn getragen werden.

Zur Frage des Stadtverordneten Kuhn erklärte Herr Preisler, dass nach seiner Einschätzung in absehbarer Zeit keine weiteren Gleise in diesem Bereich eingerichtet

werden würden, da es sich nicht um einen Güterverkehrskorridor handle und somit kein weiterer Bedarf gegeben sei.

Stadtverordneter Dr. Evertz schlug im Zusammenhang mit dem Linksfahrgebotschild vor, für die Umleitung eine durchgängige Beschilderung zu installieren, damit auch nicht ortskundige Bürger sich nicht verfahren.

Herr Preisler antwortete auf Nachfrage des Stadtverordneten Kuhn, dass die Bahn plane, mit den Arbeiten Ende Mai zu beginnen

Stadtverordneter Tartler wies darauf hin, dass durch die Hecke vom Grünen Warenhaus die Straße nicht einsehbar sei und hierdurch eine Gefahrenstelle entstehe. Er erkundigte sich, ob der Besitzer aufgefordert wurde, die Hecke einzukürzen. I. Beigeordneter Hausmann entgegnete, dass er nicht wisse, ob solche Gespräche geführt worden seien. Bezüglich der Straße könne jedenfalls nur das umgesetzt werden, was vorgestellt wurde. Man solle der Planung zustimmen. Der Zug nach Heinsberg könne erst fahren, wenn die Problematik am Bahnübergang behoben sei.

Abschließend stellte Ausschussvorsitzender fest, dass keine weiteren Fragen bestanden. Die Bahn nehme die Anregungen aus der Sitzung für die weitere Planung auf. Er dankte Herrn Preisler und Herrn Vollmer für die Darstellungen und wünschte ihnen eine gute Heimreise.

TOP 2 Vorstellung und Beratung der Straßenplanung zum Ausbau eines Teilstückes des Niederheider Weges einschließlich Kanalsanierung Vorlage: 769/2012

Ausschussvorsitzender Conrads erteilte Herrn Brendt vom gleichnamigen Ingenieurbüro das Wort.

Herr Brendt stellte anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Planung für den Ausbau eines Restabschnittes des Niederheider Weges vor. Um 1960 seien der Kanal und die Straße gebaut worden.

Der Straßenquerschnitt habe sich bewährt, so dass keine gravierenden Änderungen vorgenommen würden. Leicht asymmetrische Stellen würden durch Grundstückskäufe ausgeglichen.

Im Zuge der Kanalsanierung erfolge eine Vergrößerung des Rohrdurchmessers von DN 300 auf DN 700, um zukünftig auch vor 20jährigen Regenereignissen abzuschern.

Abschließend stellte Herr Brent die Kostenkalkulation vor. Demnach sei für den Straßenbau mit 200.000 € und für den Kanalbau mit 130.000 € zu rechnen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Sybertz bestätigte Herr Brendt, dass der Behindertenbeauftragte Pütz in die Planungen mit einbezogen werde.

Beschluss:

Der Planung wird zugestimmt. Die Durchführung einer Einwohnerversammlung wird empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Erneute Beratung über die Neugestaltung der Fläche vor dem Gymnasium St. Ursula (Teilfläche III. Bauabschnitt - Integriertes Handlungskonzept)
Vorlage: 773/2013**

Stadtverordneter Graf stellte eingangs den Antrag, dass für die Anschaffung der Spielgeräte eine gesonderte Abstimmung erfolgen solle.

Herr Bröhl führte aus, dass zuletzt am 11.09.12 im Umwelt- und Bauausschuss über die Gestaltung des III. Bauabschnittes beraten worden sei. Seinerzeit habe man den Tagesordnungspunkt auf das Frühjahr 2013 verschoben.

Er stellte die Ausbauplanung vor und erklärte, dass diese mit dem Leiter des Gymnasiums und einem Vertreter des Bistums abgestimmt worden sei.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass seine Fraktion mit der Planung zufrieden sei. Der Parkplatz, der sich nicht im Eigentum der Stadt befinde, werde nicht erneuert, während die Grünfläche vor dem Gymnasium begehbar und attraktiv gestaltet werde.

Er begrüße die von Stadtverordneten Graf vorgeschlagene getrennte Abstimmung über die Planung und die auszuwählenden Spielgeräte. Nach seiner Einschätzung seien die Spielgeräte an dieser Stelle unnötig. Fitness werde dort keiner ernsthaft machen wollen, vielmehr gehe er davon aus, dass die Geräte schnell beschädigt würden.

Bezüglich der vorhandenen Ulme plädierte Stadtverordneter Dr. Evertz für deren Erhalt.

Stadtverordnete Slupik betonte, dass auch die CDU-Fraktion die Planung begrüße. Stadtverordneter Kleinen ergänzte, dass das Bistum den Bürgern auf einer Fläche ein Wegerecht einräume, die der Stadt nicht gehöre. Er schlug vor, auf diesen Umstand durch entsprechende Beschilderung hinzuweisen.

Sachkundiger Bürger Molz regte an, im Bereich der Schule auf den giftigen Taxus zu verzichten. Ferner stellte er den Antrag, über den Erhalt der Ulme abzustimmen.

Auf entsprechende Nachfrage des sachkundigen Bürgers Rose erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass die Ulme auf dem Marktplatz ein gesunder Baum sei. Blicke dieser Baum allerdings stehen, könnte die von Herrn Scheller erstellte Planung so nicht realisiert werden, insbesondere gelte dies für die Platanenbepflanzung mit geschnittenem Dachprofil. Die Esche hingegen sei krank und sollte ohnehin entfernt werden.

Stadtverordneter Dr. Evertz entgegnete, dass man die Ulme in die neu zu pflanzenden Platanen problemlos integrieren könne. I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass der Planer der Stadt dies anders sehe.

Stadtverordneter Melchers merkte an, dass der Pflegeaufwand für die neue Fläche sicherlich hoch sei. Insgesamt sei er mit der Planung zufrieden, allerdings bemängelte er, dass insgesamt dreizehn neue Bänke aufgestellt werden sollten. Er denke, dass man mindestens drei bis vier hiervon einsparen könne. Die beiden Fahnenmasten halte er für nutzlos, so dass man sie ebenfalls aus der Planung streichen sollte. Außerdem würden die beiden Formgehölze neben der vorhandenen Magnolie deren schönen Charakter zerstören, so dass er in diesem Bereich auf die zusätzliche Bepflanzung verzichten würde. Letztlich wies er darauf hin, dass die Gehwegbreite in einigen Bereichen sehr schmal sei, und bat darum, auf dem gesamten Weg die Regelbreite einzuhalten. Nach Auskunft des I. Beigeordneten Hausmann verbreitert sich der Weg damit von 1,30 m auf 1,50 m.

Stadtverordnete Slupik erklärte, dass der Platz an Charme verlöre, wenn man die Anzahl der Bänke minimieren würde. Nach weiteren ähnlichen Stellungnahmen aus dem Plenum erklärte Stadtverordneter Melchers, dass er seinen Antrag zurückziehe, da er erkenne, dass sein Vorschlag nicht angenommen werde.

Auf die Frage des Stadtverordneter Banzet antwortete I. Beigeordneter Hausmann, dass die Ausschreibung für die Arbeiten weitestgehend vorbereitet sei. Er rechne damit, dass noch im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden kann. Herr Bröhl ergänzte, dass die Arbeiten nach ca. drei Monaten beendet sein dürften.

Ausschussvorsitzender Conrads schlug vor, die Beschlüsse aufzuteilen. Zunächst solle grundsätzlich über die neue Planung abgestimmt werden. Über die Frage, wie viele Bänke aufgestellt werden sollen, könne seiner Auffassung nach in der nächsten Ratssitzung abgestimmt werden. Nachdem Stadtverordneter Melchers sich hiermit einverstanden erklärt hatte, stellte Stadtverordneter Sybertz den Antrag, noch in der Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses über diese Frage abzustimmen. Ausschussvorsitzender Conrads nahm diesen Antrag auf.

Bezüglich des Antrages der Grünen-Fraktion, die Ulme zu erhalten, machte er ebenfalls den Vorschlag, die Abstimmung hierüber in der Ratssitzung vorzunehmen. I. Beigeordneter Hausmann wies abermals darauf hin, dass der von der Stadt beauftragte Architekt sich für die Beseitigung der Esche und der Ulme ausgesprochen habe. Daraufhin wurde beschlossen, dass die Entscheidung über diesen Antrag ebenfalls bereits in der heutigen Sitzung stattfinden solle.

Ausschussvorsitzender Conrad fasste weiterhin zusammen, dass über den Antrag des Stadtverordneten Graf abgestimmt werden möge. Demnach sollten keine Spiel-

geräte für Erwachsene, sondern nur für Kinder und Jugendliche angeschafft und installiert werden.

Anschließend rief er zu folgenden Abstimmungen auf:

a) Abstimmung über die vorgestellte Planung

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Planung wird umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	19
Nein	0
Enthaltung	0

b) Abstimmung für die Reduzierung von Bänken

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Reduzierung der Bänke wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	4
Nein	15
Enthaltung	0

c) Abstimmung für die Anschaffung von Spielgeräten für Kinder und gegen die Anschaffung von Geräten für Erwachsene

Beschlussvorschlag:

Es werden ausschließlich Spielgeräte für Kinder angeschafft.

Abstimmungsergebnis:

Ja	19
Nein	0
Enthaltung	0

d) Abstimmung für den Erhalt der Ulme

Beschlussvorschlag:

Der Antrag für die Erhaltung der Ulme wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	4
Nein	15
Enthaltung	0

Die Auswahl der Spielgeräte wurde auf die nächste Ratssitzung vertagt. Herr Bröhl sagte zu, bis dahin einige Vorschläge auszuarbeiten.

**TOP 4 Vorstellung und Beratung über die Neugestaltung der Verkehrsfläche der Konrad-Adenauer-Straße vor der neuen Stadtpassage
Vorlage: 776/2013**

Herr Bröhl erklärte anhand des den Fraktionsvorsitzenden und dem Ausschussvorsitzenden mit der Einladung zur Sitzung zugestellten Planes die Lage des neu einzurichtenden Fußgängerüberweges.

Er betonte, dass im Bereich vor der neuen Passage die Fußgängerströme zugenommen haben. Nun solle an dieser Stelle ein neuer Fußgängerüberweg angelegt werden. In diesem Zusammenhang fordere die Straßenverkehrsbehörde eine Absperrung zwischen Passage und Fußgängerüberweg, damit die Fußgänger nicht unmittelbar auf den Überweg laufen. Diese Vorgabe ergebe sich aus § 26 StVO, nach dem „vor Schulen, Werksausgängen und dergleichen [...] Fußgänger nicht unmittelbar auf den Fußgängerüberweg stoßen, sondern durch Absperrungen geführt werden[sollten].“

An dieser Stelle werde nicht mit pulkartigem Auftreten von Fußgängern gerechnet. Daher habe man sich mit der Straßenverkehrsbehörde darauf geeinigt, dass die Situation zunächst für drei Monate beobachtet und anschließend bewertet werde.

Ferner eröffne ein privater Investor ein Café und bitte um Zustimmung zur Einrichtung einer Fläche für die Außengastronomie. Der vorhandene Parkplatz vor dem Haus Nr. 166/168 solle hierzu vor das Haus Nr. 160 verlegt werden. Die dort befindliche Bank und der Abfallbehälter sollten in der Folge vor Haus Nr. 156/158 aufgestellt werden.

Für eine DIN-gerechte Beleuchtung des Fußgängerüberweges müsse außerdem die Beleuchtung in diesem Bereich angepasst werden.

Herr Bröhl gab abschließend an, dass mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 8.500 € gerechnet werde.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte dass er diese Planung für begrüßenswert halte. Seine Fraktion schlage allerdings vor, auch den anderen Parkplatz in diesem Bereich zu entfernen, um zu verhindern, dass die Gäste der Gastronomie direkt neben einparkenden Autos sitzen müssen.

Stadtverordneter Graf erklärte, dass seine Fraktion der Planung anfangs skeptisch gegenüber gestanden habe, weil sehr viele Fußgängerüberwege auf recht kleinem Raum eingerichtet wären. Allerdings zwingt dies die Autofahrer, sich an die vorgeschriebenen 20 km/h zu halten. In diesem Zusammenhang bitte er die Verwaltung, die Polizei zu Kontrollen gerade in diesem Bereich aufzufordern.

Ausschussvorsitzender Conrads gab zu bedenken, dass sich die Gefahr für die Fußgänger durch die Gastronomie an dieser Stelle erhöhen würde.

Stadtverordneter Melchers erinnerte daran, dass man damals um jeden zusätzlichen Parkplatz gerungen habe. Er schlage vor, zunächst abzuwarten, ob sich die Außengastronomie dort durchsetzt, bevor man darüber nachdenke, auch den zweiten Parkplatz freizugeben. Stadtverordneter Kohlen schloss sich dieser Meinung an.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass er die Einwendungen nachvollziehen könne. Man behalte also den Vorschlag im Hinterkopf und berate und entscheide beizeiten über die Erweiterung der Fläche.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellten Maßnahmen werden umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Verschiedenes

a) Ausschussvorsitzender Conrads bezog sich auf die Anmerkung des Stadtverordneten Graf unter TOP 4, dass das Tempolimit auf der Konrad-Adenauer-Straße nicht eingehalten werde. Er schlug vor, die Bushaltestelle optisch von der Straße abzugrenzen. Hierdurch würde sich die Fahrbahn optisch verringern und damit der Verkehr verlangsamt. Er bat die Verwaltung, zu prüfen, ob dies möglich sei.

I. Beigeordneter Hausmann sagte zu, dies mit dem Amt 32 zu besprechen.

b) Ausschussvorsitzender Conrads bat außerdem darum, erneut über die Querungshilfe in der Haihoverstraße nachzudenken.

c) Stadtverordnete Slupik merkte an, dass die Straße vor dem Gelocarré schwierig zu überqueren sei und erkundigte sich, ob nicht an dieser Stelle eine Querungshilfe möglich sei. I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass dies dort wegen der drei Fahrspuren nicht gehe.

Stadtverordneter Sybertz schlug in diesem Zusammenhang vor, an der Stelle der Querungshilfe auf der Höhe des Synagogenplatzes einen Fußgängerüberweg in Richtung REWE anzulegen, um die Sicherheit zu erhöhen.

Ausschussvorsitzender Conrads erklärte, dass Fußgängerüberwege einer gewissen Frequentationszahl bedürfen. An dieser Stelle werde diese sicherlich nicht erreicht, außerdem würde dort ein Fußgängerüberweg den Verkehr behindern.

d) Stadtverordneter Banzet bat die Verwaltung darum, eine Lösung für die vielen auf dem Gehweg vor dem Eingang des Gelocarrés parkenden Fahrräder zu finden.

e) Stadtverordneter Graf erkundigte sich, warum bei den milden Temperaturen im Dezember die Bischof-Pooten-Straße nicht fertig gestellt wurde. Nun sei der Boden wieder gefroren und die Leute verärgert, dass sich auf der Baustelle nichts tue.

Herr Bröhl antwortete, dass der fertige Kanal mit der Kamer befahren werden müsse, bevor die Straße fertig gestellt werden könne. In der Zeit, in der an der Oberfläche keine Arbeiten verrichtet worden seien, sei die Kanalbefahrung erfolgt. Im Anschluss habe sich das Wetter verschlechtert, so dass an der Oberfläche nicht weiter gearbeitet werden konnte.

f) I. Beigeordneter Hausmann sicherte Stadtverordnetem Graf auf dessen Bitte hin zu, das Land aufzufordern, den Kreisverkehr an der L42 am Zubringer zur L221 wieder in einen ansehnlichen Zustand zu versetzen.

a) Ausschussvorsitzender Conrads bezog sich auf die Anmerkung des Stadtverordneten Graf unter TOP 4, dass das Tempolimit auf der Konrad-Adenauer-Straße nicht eingehalten werde. Er schlug vor, die Bushaltestelle optisch von der Straße abzugrenzen. Hierdurch würde sich die Fahrbahn optisch verringern und damit der Verkehr verlangsamt. Er bat die Verwaltung, zu prüfen, ob dies möglich sei.

I. Beigeordneter Hausmann sagte zu, dies mit dem Amt 32 zu besprechen.

b) Ausschussvorsitzender Conrads bat außerdem darum, erneut über die Querungshilfe in der Haihoverstraße nachzudenken.

c) Auf die Frage der Stadtverordneten Slupik erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass im Bereich vor dem Gelocarré wegen der drei Fahrspuren eine Querungshilfe nicht eingerichtet werden könne.

Stadtverordneter Sybertz schlug in diesem Zusammenhang vor, an der Stelle der Querungshilfe auf der Höhe des Synagogenplatzes einen Fußgängerüberweg in Richtung REWE anzulegen, um die Sicherheit zu erhöhen.

Ausschussvorsitzender Conrads erklärte, dass Fußgängerüberwege einer gewissen Frequentationszahl bedürfen. An dieser Stelle werde diese sicherlich nicht erreicht, außerdem würde dort ein Fußgängerüberweg den Verkehr behindern.

d) Stadtverordneter Banzet bat die Verwaltung darum, eine Lösung für die vielen auf dem Gehweg vor dem Eingang des Gelocarrés parkenden Fahrräder zu finden.

e) Stadtverordneter Graf erkundigte sich, warum bei den milden Temperaturen im Dezember die Bischof-Pooten-Straße nicht fertig gestellt worden sei. Nun sei der Boden wieder gefroren und die Leute verärgert, dass sich auf der Baustelle nichts tue.

Herr Bröhl antwortete, dass der fertige Kanal mit der Kamera befahren werden müsse, bevor die Straße fertig gestellt werden könne. In der Zeit, in der an der Oberfläche keine Arbeiten verrichtet worden seien, sei die Kanalbefahrung erfolgt. Im Anschluss habe sich das Wetter verschlechtert, so dass an der Oberfläche nicht weiter gearbeitet werden konnte.

f) I. Beigeordneter Hausmann sicherte Stadtverordnetem Graf auf dessen Bitte hin zu, das Land aufzufordern, den Kreisverkehr an der L42 am Zubringer zur L221 wieder in einen ansehnlichen Zustand zu versetzen.

Sitzung endet um: 19:55 Uhr

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Karl-Peter Conrads

Nathalie Kwade